

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Schalterhalle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7408.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatthaus Nr. 6050-52.

Don 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7408.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frimergeld. M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, aus schließlich Postgebühren. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Postfiliale Wismarstraße 19, sowie die Poststellen in allen Teilen der Stadt; in Friedrich: die Poststellen Langgasse 21 und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für deutsche Anzeigen, 30 Pf. für auswärtige Anzeigen, 1.25 M. für farbige Anzeigen, 2.50 M. für auswärtige Anzeigen, 30% Treueumschlag. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachschlag. — Anzeigen-Bemerkung: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Poststraße 7, 1. Fernsprecher: Amt Lügow 6202 und 6203.

Freitag, 21. März 1919.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 127. • 67. Jahrgang.

Die Friedensverhandlungen.

Waffenstillstand oder Präliminarfrieden?

Dr. Paris, 19. März. (Gavos.) In den Beratungen des Obersten Kriegsrats ist eine vollkommene Übereinstimmung der Meinungen zutage getreten. Wilson habe wieder den Vorschlag inne. Die amerikanischen Delegierten, Clemenceau, Lloyd George, Orlando, Hoch, General Descaudres und die militärischen Sachverständigen des Flotten- und Flugwesens waren ebenfalls anwesend. Die Verhandlung befasste sich hauptsächlich mit der endgültigen Festlegung des Textes der Bedingungen, die Deutschland hinsichtlich des militärischen Flotten- und Flugwesens auferlegt werden sollen. Der von dem Redaktionsrussland der Alliierten hergebrachte Vorschlag wurde angenommen. Wesentlich ist darin die Abrüstung Deutschlands vorgesehen, wonach es keine militärischen Organisationen aus allen Gebieten 2 Monate nach der Unterzeichnung der ihm auferlegten Bedingungen anzuweisen hat. Die Zahl von 100 000 Mann für ein festes Heer wird beibehalten, desgleichen das System der Freiwil- ligen-Rekrutierung auf 12 Jahre, ebenso die Abschaffung der Ausbildungs- und sonstiger Kriegsbetriebe, die für die Kriegszeit und das Militärwesen arbeiten. An dem Entwurf werden noch einige Änderungen vorgenommen, deren wichtigste in der Vereinfachung der militärischen Hilfsmittel für die Rüstung Deutschlands bestehen. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein interalliiertes Militärkommando nach Friedensschluß vorzuschicken, nicht festzusetzen werde, und daß einzelne interalliierte oder alliierte Mächte auf Grund ihrer Verfassung nicht in der Lage sind, die eigenen Rechte an ein internationales Komitee zu übertragen. Der Rat beschloß sich auch mit der Frage, ob die endgültigen Bedingungen Deutschland in der Form eines Waffenstillstands oder im Präliminarfrieden vorgulegen seien. In Artikel 2 des Abkommens vom 18. Januar 1919 war vorgesehen, daß der Präliminar-Waffenstillstand vom 11. November 1918, der in der Folge mehrfach erneuert wurde, neuerlich um kurze Zeit zu verlängern sei.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Gegen die bolschewistische Gefahr.

Berlin, 19. März. Nach der Vollziehung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 17. März gab General von Hammerstein den Alliierten einige Aufschlüsse über die Lage im Osten, die sich, wie er ausführte, in den letzten Wochen etwas verbessert habe. Trotz des kleinen Fortschritts bleibe aber die Schwäche der deutschen Truppen gegenüber den Bolschewiken bestehen, da keine Verstärkungen herangelommen seien. Durch die Venehmigung des Küstenverkehrs zwischen Libau und Windau und eines beschränkten Schiffsverkehrs zwischen Königsberg und Libau sei zwar eine gewisse Verbesserung der rückwärtigen Verbindungen eingetreten, die Schwierigkeiten in der Heranzuführung von Truppen und Lebensmitteln seien aber dadurch nicht beseitigt. Hierzu sei die bisher verweigerte Erlaubnis zum Seeverkehr zwischen den westlichen deutschen Ostseehäfen und Libau notwendig. General v. Hammerstein ging sodann zu der polnischen Frage über. Er wies darauf hin, daß die Polen an der Grenze Schlesiens immer rühriger werden und auch dort unter dem Deckmantel des Bolschewismus nationale Ziele verfolgen. Dadurch werde unter den Reihen der Arbeiter Oberschleens Erregung hervorgerufen. Die bolschewistische Agitation in Westpreußen und zum Teil in noch unbesetzter gelegenen deutschen Gebieten habe nicht nachgelassen. Es dränge sich die Frage auf, ob nicht Polen ein besonderes Interesse daran habe, nach Osten gegen die Bolschewiken aktiv zu werden, um einen besseren Damm gegen das Vordringen der russischen Gefahr zu bilden. — General Rukant bemerkte hierzu dies sei auch die Ansicht der Alliierten. Es sei deshalb der französische General Frenet unter dem Titel eines militärischen Beraters beim polnischen Oberbefehlshaber nach Warschau entsandt worden, der die Aufgabe habe, den Widerstand an der Ostfront zu organisieren. Die von ihm vertretenen Ziele stimmten mit denen der deutschen Regierung überein, und es sei zu hoffen, daß in Kürze der Friede erreicht werde, eine Schwänke gegen das weitere bolschewistische Eindringen zu errichten.

Die Lebensmittelsendungen.

Berlin, 19. März. Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen über das Lebensmittelabkommen genau zwei Monate gedauert. Die ersten Bezüge Rott. Schweinefleischprodukts und landestruierter Milch werden namentlich den Säuglingen und Müttern zu Gute kommen. Die Verladung der Posten ist bereits in die Wege geleitet. Die Lieferung erfolgt sofort nach der Bezahlung. Der Lieferant ist England. Weitere schon gekaufte 235 000 Tonnen Lebensmittel liegen in England, Frankreich und Belgien bereit und werden vermutlich innerhalb 30 Tagen geliefert werden. Der Preis beträgt etwa eine halbe Milliarde Mark. Außer den weiteren monatlich zur Einfuhr bewilligten 470 000 Tonnen Lebensmittel ist noch die Einfuhr von Fisch und Gemüse aus den angrenzenden Ländern gestattet. In Norwegen liegen bereits 100 000 Tonnen Heringe bereit. Der Handel mit den Neutralen wird so rasch wie möglich von den Beschränkungen befreit. Der Post- und Telegraphenverkehr ist freigegeben. Mit der Lieferung von Rindfleisch geht es nicht gut aus; auch fehlen die für den Transport von Gefrierfleisch geeigneten Schiffe. Auch die Einfuhr von Futtermitteln konnte nicht erreicht werden. Immerhin wird durch eine geringe Ausmahlung des Mehl eine entsprechende Menge Mehl gewonnen. Auch hat Frankreich Getreide- und Palmkerne in Aussicht gestellt. Reklamationen auf erfolgte Lieferungen sind nicht gestattet, doch ist diese Art des Verkehrs schon jetzt bei Lieferungen von Amerika an die

Errente im Brauch. Die Preise werden natürlich wesentlich höher sein als die amtlich festgesetzten Inlandspreise. Deutschseits wird noch mehr besonders ausgegeben, und zwar zu einem höheren Preis als für das übrige Mehl, für das ein Preispreis gefunden werden wird. Bei Speck und Fett werden sich die neuen Preise nicht wesentlich fürlibar machen.

Die Verforung des linksrheinischen Gebiets.

Berlin, 19. März. In den Brüsseler Vereinbarungen über das Lebensmittelabkommen ist noch nachzutragen, daß die Verforung des linksrheinischen Gebietes annähernd die gleichen Nationen umfassen soll wie im übrigen Deutschland. Die endgültige Entscheidung über die Verteilung zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten soll bei den alliierten Regierungen liegen. Die militärischen Stellen der Alliierten werden die Lebensmittel an die örtlichen Zivilbehörden des besetzten Gebietes weiter leiten.

Ausschluss des Schleichhandels.

Berlin, 19. März. Um den Verforungen entgegenzutreten, daß sich etwa der Schleichhandel der nunmehr vom Ausland eingehenden Lebensmittel bemächtigen und diese dadurch verteuert, wird amtlicherseits darauf hingewiesen, daß die völlige Ausschaltung des Zwischenhandels in diesem Fall um so eher gewährleistet werden könne, als die in feindlichen oder neutralen Ländern angekauften und aufgeschleppten Waren einen direkten Weg zu den deutschen, staatlichen oder kommunalen Verteilungsstellen nehmen und von diesen lediglich nach den bestehenden Rationierungsgrundsätzen den Verbrauchern zugeführt werden. Wie man die durch eigenes Verschulden Arbeitslosen am sichersten von jeder Zuteilung von Verbrauchslebensmitteln ausschließen kann, darüber sind sich die maßgebenden Stellen noch nicht schlüssig geworden.

Massenrequisitionierung von Lebensmitteln.

Winn, 19. März. Nach die gesamte am Abend des 19. März bestehende Bevölkerung der Jode-Kolonien werden getrennt nicht an der Arbeit, um an der Veranlassung eines Zugriffs in die umliegenden Ländereien zum Zweck der Requisitionierung von Lebensmitteln bei den Landwirten teilzunehmen.

Die kritische Lage in Schlesien.

Berlin, 19. März. Die „N. S.“ meldet: Die preussische Regierung beschäftigte sich am Montag mit der kritischen Lage an der schlesischen Grenze. Nach zuverlässigen Nachrichten haben nicht nur die Tschecho-Slowaken bedeutende Streitkräfte gegen Olav zusammengezogen, sondern auch die Polen über 9000 Mann zum Einmarsch nach Oberschlesien veranlaßt. Sie scheinen nur auf den Anstoß zu warten, um einzumarschieren, und bemühen sich, ihn recht bald zu erschaffen. Man hat Kenntnis davon, daß dieser Einmarsch zwischen den Polen und Tschecho-Slowaken verabredet wurde. Die kommunistischen Antriebe sind nur auf polnische und tschecho-slowakische Antriebe zurückzuführen. Die rechtzeitige Verbindung des Belagerungszustandes brachte den von den Kommunisten hervorgerufenen Streik zum Scheitern. Von polnischer Seite wird seither wieder Kräfte geholt und alles versucht, um den deutschen Grenzschutz in Schlesien zu veroccumpieren.

Die neuen Steuern.

Berlin, 19. März. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Die Vorbereitung der neuen Steuern des Reiches ist nunmehr so weit gefördert, daß damit begonnen werden kann, die einzelnen Entwürfe je nach ihrer Fertigstellung dem Staatenausschuß zu überreichen, damit sie möglichst schnell von ihm an die Nationalversammlung gelangen. Das ist um so mehr erstrebenswert, als es dringend erwünscht erscheint, auch in finanzieller Hinsicht die Kriegswirtschaft abzulösen und aus dem Schwerebeizustand des überaus stark angespannten Kredits zu einer energischen Abwicklung der Reichsschulden und zu einer gerechten Verteilung der Steuerlasten überzugehen. Zunächst werden dem Staatenausschuß die Entwürfe der Kriegsabgabe für 1919, die Vermögenszuwachssteuer, die Kapitalertragssteuer, die Grundbesitzabgabe, die Verbrauchsteuer, die Tabaksteuer und die Spielkartensteuer beizuhändigen. Ihnen wird a. a. der Entwurf der Erbschaftsteuer in kurzem hinzutreten. Weiter Entwürfe werden allmählich folgen. Das ganze Werk soll durch eine große Vermögensabgabe gekrönt werden. Aber die Verteilung der steuerlichen Belastung ist, wenn man nach dem voraussichtlichen Ertrag der einzelnen Steuern urteilt, zu fragen, daß sie ganz überwiegend eine direkte ist, während sie indirekten Abgaben nur eine verhältnismäßig geringfügige Rolle spielen. Das entspricht den von Minister Schiffer in der bekanntsten Rede in der Handelskammer vertretenen Plänen, denen sich die damalige provisorische Reichsregierung in der Veröffentlichung vom 31. Dezember 1918 angeschlossen hat.

Zur Vereinbeiligung des Eisenbahnwesens.

Berlin, 19. März. Über die gestern unter Vorsitz des Ministers Hoff im Eisenbahnministerium abgehaltene Konferenz zwischen den Vertretern der Gliedstaaten über die Frage der Vereinbeiligung des Eisenbahnwesens teilt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit, daß die mehrheitlichen Verhandlungen unterbindlichen Charakter getragen hätten. Die Vertreter der Gliedstaaten wüßten noch Anweisungen ihrer Regierungen einholen, und die Frage wird endgültig erst im Weimarer Verfassungsausschuß in der nächsten Woche beraten. Es besteht offenkundig Übereinstimmung, daß eine Lösung im Sinne einheitlicher Zusammenfassung des Eisenbahnwesens durch das Reich mit möglichstster Beschleunigung herbeizuführen ist.

Ein Vorschlag auf zeitweilige Tagung der Deutschen Nationalversammlung in Wien.

In einer Schrift von Dr. Heinrich Rosenfeld über Wilson und Österreich (Königsberg, Wien) macht der Autor den Vorschlag, Wien als zweite Reichshauptstadt auch dadurch zu kennzeichnen, daß die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung abwechselnd in Berlin und Wien stattfinden, wie feinerzeit die der Delegationen abwechselnd in Wien und Budapest. In Wien ist für alle technischen Bedürfnisse eines Parlaments ebenso vorgesorgt wie in Berlin. Die deutschen Volkvertreter würden gewiß ganz gerne einen Teil ihrer Tagungen in schönen Wien abhalten. Da in Österreich die Anfahrtsfrage in höchstem Grade von den Vorteilen abhängig gemacht wird, die wir Wien einräumen, hat die reichsdeutsche Öffentlichkeit allen Grund, den erwähnten Vorschlag mit Wohlwollen zu erwägen. Seine Verwirklichung würde einen beträchtlichen idealen Wert darstellen. Eine Schwierigkeit besteht nur darin, daß auch zeitweilig zusammen mit der Nationalversammlung die Reichsregierung mit einem beträchtlichen Beamtenstab nach Wien übersiedeln müßte. Da sich aber die gleiche Notwendigkeit bereits bei der Verlegung der Nationalversammlung nach Weimar ergab, auch wohl die Verbindungen mit Bahn und Flugzeug sich in Zukunft wesentlich verbessern lassen, würde sich über zeitweilige Tagungen der deutschen Nationalversammlung in Wien doch vielleicht reden lassen.

Seine Minister des Innern?

Berlin, 19. März. Wie das „N. S.“ hört, ist der Justizminister Heine als Nachfolger des Ministers Pirch für das Ministerium des Innern in Aussicht genommen, wenn dieser den Posten eines preussischen Ministerpräsidenten übernimmt.

Die Abfindung der badischen Großherzogsfamilie.

Berlin, 19. März. Unser Berichterstatter meldet aus Mannheim: Bei der Vermögensauseinandersetzung zwischen der großherzoglichen Familie und der Republik Baden verzeichnete der Großherzog auf alle etwa ihm zustehenden Rechte aus seinen Besitztümern und erhält dafür eine Abfindung von mehreren Millionen Mark. Die großherzogliche Familie erhält für sich das Schloß in Baden, ein Landhaus in Badenweiler und ein kleines Schloß in der Stadt Freiburg. Alle übrigen Schätze gehen in das Eigentum des Staats über. Prinz Max von Baden erhält eine Abfindung, die die Hälfte der großherzoglichen beträgt. Eine Abfindung für seine Rechte am Thron erhält der Großherzog und seine Familie nicht. Er hat darauf übrigens auch gar keinen Anspruch erhoben.

Der Verzicht des Großherzogs von Hessen.

Darmstadt, 19. März. Der Vorstand des Kabinetts des Großherzogs von Hessen teilt dem hiesigen Ministerium mit: Großherzog Ernst Ludwig entbindet nunmehr die Beamten von den durch den Treueid übernommenen Pflichten, nachdem die Volkskammer Hessen durch die Annahme der vorläufigen Verfassung zum Freistaat erklärt hat. — Bislang hat sich der Großherzog geweigert, eine förmliche Verzichtsurkunde zu unterzeichnen, und es ist anzunehmen, daß er nunmehr diesen Standpunkt verläßt.

Aufhebung des Adels und der Fideikommissionen in Bayern.

München, 19. März. In dem Gesetz über die Fideikommissionen, das dem Landtag vorliegt, heißt es, daß Fideikommissionen und landwirtschaftliche Erbschaften aufgehoben werden. Leben dürfen nicht mehr neu verliehen werden. Die vererbten Leben werden durch besonderes Gesetz aufgelöst. Ein weiteres Gesetz hebt den Adel in Bayern auf. In einem Übergangsgesetz wird bestimmt, daß die bisherigen Gesetze und Verordnungen in Kraft bleiben, so weit ihnen nicht das vorläufige Staatsgrundgesetz entgegensteht. Ebenso bleiben die seit dem 5. November erlassenen Verordnungen in Kraft. Das dem Landtag vorgelegte Ermächtigungsgesetz ermächtigt die Regierung besonders zur Demokratisierung der Verwaltungen, zur Durchführung der Sozialisierung, zur Schaffung eines Volksrechts und zur Verbesserung der Wohnungsnot.

Bolschewistische Wählbarkeit in Ungarn.

Wien, 19. März. Der in Budapest verhaftete Hauptaktivist Komoss gibt zu, daß er aus Furcht vor Bolschaun zurückgetreten sei und 20 Millionen Ruvel zu Propagandazwecken unter den ungarischen Exilisten mitgebracht habe, um die „Diktatur des Proletariats“ durchzusetzen.

Amerika.

Dr. Berlin, 19. März. Nach einer aus den Vereinigten Staaten verspätet hierher gelangten offiziellen Mitteilung hat die amerikanische Regierung seit dem 28. Dezember v. J. alle bisherigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der feindlichen Ausländer in den Vereinigten Staaten aufgehoben. Ausgesprochen sind hiermit die Einschränkungen über den Eintritt in und die Ausreise aus den Vereinigten Staaten. Gefährliche feindliche Ausländer bleiben weiter interniert.

Die Auflösung der Fideikommissionen.

Berlin, 19. März. Nachdem einige Blätter, besonders konservativer Richtung ihr Votum darüber ausgesprochen haben, daß die preussische Regierung durch Verordnung mit Gesetzeskraft vom 19. März 1919 die Auflösung der Fideikommissionen in die Wege geleitet hat, macht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ über die tatsächliche Bedeutung der Verordnung folgende Angaben: Durch die Verordnung vom 19. März werden nun sämtliche Fideikommissionen, auch die Weltfideikommission, der Auflösung zugeführt. Die Errichtung neuer Fideikommissionen ist unter Vermeidung durch unentgeltliche Zuwendung nicht gestattet. Die Auflösung der Fideikommissionen soll zunächst im Wege der Familienauflösung herbeizuführen werden. In dies bis zum 1. April 1921 nicht geschieden, ja hat das Staatsministerium die Auflösung im Wege eines Zwangs

Verfahrens angestrichen und dessen Einzelheiten durch eine der Landesverwaltungsorgane ergründete Verortung zu erlangen. Für die Aufhebung durch Familienratung die Abänderung leistungsunfähiger Bestimmungen und die Verhängung über das Familienvermögen steht die Verweisung Einzelvorschriften vor, durch welche die Erteilung der Beschlüsse erleichtert vereinfacht wird. Eine besondere Aufficht ist dem Justizministerium und dem Landwirtschaftsministerium betreffs solcher Geldgüter zugewiesen, die zu einem Familiengut gehören, hat aber nach Beschaffenheit und Umfang zu einer nachvollziehbaren Verortung eignes. Es soll damit verbunden werden, daß größere zusammenhängende Geldbestände in einer der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung unmöglich machenden Weise zerlegt werden. Als Aufsichtsbörde ist für die Familiengüter grundsätzlich wie bisher das Oberlandesgericht, bei den in Artikel 21 der provisorischen Verfassungsurkunde noch aufrechterhaltenen Zentralen, d. h. den unmittelbar vom König vertretenen Landes-, die Zentralstellen, zuständig. Der Aufsichtsbörde ist eine Kontrolle der Familiengüter nach der Richtung eingeräumt, daß sie dem Fiskus, falls sein Verhalten oder seine ungenügende Vermögenslage die Gefahr einer erheblichen Schädigung des Familiengutes begründet, die Verwertung entgegen und einem Fleißer übertragen kann. Außerdem ist die Verordnung des seit einigen Jahren in Preußen sozialökonomische Anordnungen bei Fiskus, Aufstellungen und Kontingenzen. Hierbei handelt es sich um wesentlichen um kleinere Hausgüter, deren Aufstellung insbesondere bei Erblassern nur unter der Bedingung der Schaffung wurde, während die Verordnung hauptsächlich gegen die großen Familienvermögen gerichtet ist. Die Bedeutung der Aufhebung der Familienvermögen ergibt sich aus der Tatsache, daß in Preußen der Familienvermögen wert über 1000 Millionen mit mehr als 2 Millionen Hektar Grundfläche (etwa 6 1/2 v. d. d. Gesamtfläche) umfasst, wovon fast die Hälfte bebaut ist.

Die landwirtschaftliche Arbeits- und Stellenvermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise sowie Aufstellung von Grundbesitz für diese; es Mitwirkung in allen Fragen der Zuländerbeschaffung und Vermittlung. Den landwirtschaftlichen, gärtnerischen und Weinbauischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird anbeimgegeben, sich künftig in allen, die vorgenannten Punkte berührenden Fragen an den Ausschuss der Landwirtschaftskammer für das Arbeiterwesen in Frankfurt a. M., Untermainstr. 12 zu wenden.

Die Dienststunden im Polizeidirektionsgebäude sind nach einer Bekanntmachung des Polizeidirektors vom 17. März auf 8 bis 1 Uhr festgesetzt. Die Einmündigkeit wird erlassen, ihren dienstlichen Verkehr mit den Beamten der Polizeidirektion auf diese Vormittagsstunden zu beschränken. Während den Nachmittagsdienststunden kann ein persönlicher Verkehr aus dienlichem Interesse nicht mehr stattfinden.

Alte Kalligrafie. Samstag findet in der Post-Diele ein „Kalligrafie-Konkurs“ statt, an dem ausschließlich nur Vertreter des deutschen einheimischen Komponisten unter dessen Leitung in Gelder erteilt werden.

Vorberichter über Kunst, Vorträge und Verwandtes. * Kalligrafisches Landesfest. Das heute im Abonnement D zur Aufstellung getragene Trauerspiel „Der Erbschreiber“ von Otto Ludwig ist von Regisseur Georg Wittmann aus Bonn aufgeführt worden.

Wollunterhaltungsabend. Infolge des überaus großen Erfolges und hohen Besuches bei dem Wollunterhaltungsabend am Sonntag haben sich Maxime Klermann, Anton Kothel und Gulian Jacoby entschlossen, an viertägigen Wochenden Abend am nächsten Sonntag zu verschiedenen Preisen im Lokal der Lützowgesellschaft zu wiederholen.

Handelsteil.

Banken und Geldmarkt.

Vom Geld- und Devisenmarkt. Berlin, 18. März. Tägliches Geld wurde heute sehr begehrt, und zwar hauptsächlich auf die Monatsmitte und auf die heranrückende Fälligkeit von Zinszahlungen; schon jetzt werden Zinsschlepp eingekauft. An der Börse galt heute als Leihzins für tägliches Geld 4 1/2 bis 4 3/4 Proz., während die Bezahlung etwa 4 Proz. bewilligte. Am Devisenmarkt hat man die Preise für neutrale Zahlungsmittel teilweise noch weiter herabgesetzt. Das ausländische Altschott schwedischer und schweizerischer Devisen wurde von der Reichsbank nicht abgenommen. Aus Holland wird die Mark heute recht fest, mit 26 (gestern 25.55) Gulden gemeldet. An der heutigen Züricher Frühbörse galt die Mark sogar 54 1/2 Franken, nachdem dafür gestern abend 52 Franken bezahlt worden waren. Diese Steigerung der Mark im Auslande hatte es mit sich gebracht, daß bei uns in Deutschland die Preise für ausländische Noten stark zurückgegangen sind. So werden jetzt englische Pfundnoten mit 50 M. (vor einer Woche mit 58 M.) bewertet. Auch ist der Preis für die französischen 100 Franken auf 185 M. (210 M.) zurückgegangen.

Vom Markt der Kriessanleihen. Berlin, 18. März. An der heutigen Berliner Börse setzten Kriessanleihen mit 84 1/2 Proz. fest ein, haben dann allerdings auf 84 1/2 Proz. nach. Die alten Anleihen des Reiches und Preußens sowie die Kriess-Schatzansweisungen waren um 3/4 bis 1/2 Proz. höher, blieben aber weiterhin hiervon wieder etwa 1/4 Proz. ein.

Berliner Devisenkurs.

W. T. R. Berlin, 18. März. Telegraphische Auszahlungen für

Holland	287.50 G.	Mk. 286.00 G.	für 100 Gulden
Dänemark	252.00 G.	255.50 G.	100 Kronen
Schweden	274.75 G.	275.25 G.	100 Kronen
Frankreich	266.75 G.	267.25 G.	100 Kronen
Polen	207.75 G.	201.00 G.	100 Kronen
Schweden	48.95 G.	49.08 G.	100 Kronen
Oesterreich-Ungarn	00.00 G.	00.03 G.	100 Louis
Russland	00.00 G.	00.00 G.	100 Rubel
Spanien	159.00 G.	100.00 G.	100 Pesetas
Kolumbien	98.75 G.	90.25 G.	100 Pesetas

Amliche Wechselzinsätze der Notenbanken.

Deutsche Pl. 6.00	Belg. Plätze 4.00	Ital. Plätze 2.00	Kopenhagen 8.00
London 3.00	Wien 3.00	Lissabon 4.00	Stockholm 7.00
Paris 3.00	Schwed. Pl. 3.50	Madrid 4.50	Petersburg 6.00
Amsterdam 4.00			

Industrie und Handel.

Bellefierung der Ziegelstein mit Kohle. Der Wirtschaftsausschuss der Nationalversammlung in Weimar hat einen Antrag angenommen, der u. a. auch verlangt, daß für eine rechtzeitige Bellefierung der Ziegelstein mit Kohlen zur Herstellung von Ziegeln Sorge getragen werde. (Was auch für den hiesigen Bezirk, besonders Ditzschheim usw. von großem Interesse ist. D. Schriffl.) In erster Linie sollen solche Ziegelwerke bellefiert werden, die durch vollkommen technische Einrichtung die Gewähr für eine möglichst vorzuleistende Ausnutzung bieten. Außerdem soll die Bellefierung erreicht werden einen Arbeitsplan für die baldige Durchführung der Kriesschuldenwirtschaft in die Friedenswirtschaft vorzulegen. Wird diesem Antrag entsprochen, so ist damit eine unvorhergesehene erste Voraussetzung für die Bellefierung der Wohnwirtschaft, aber auch für Beschäftigung von Millionen Arbeitloser des Baugewerbes erfüllt.

Aus unserem Leserkreise.

Anfrage an der Jagdgesellschaft. Herr Wedde wurde anfang der vergangenen Woche in einem 100 Stamm ausgehoben. Herr Wedde gibt es seit längerer Zeit wenig oder gar nicht, als Ausmaß für die 100 Stamm wurde der Besatzung 20 Stück Fleisch welches er nicht sein soll, beschreiben. Inzwischen sind am vergangenen Freitag 2 Waggons Wildfleisch angekommen, jedoch ist bis zum heutigen Tag noch keine Verteilung erfolgt. Da der Lebensmittelmarkt wäre es annehmbar gewesen, die Verteilung nicht länger hinaus zu lassen. Bei dieser Gelegenheit sei auch die Anfrage gehalten, warum die Fleisch- und Wurstwaren, die fortwährend im Haushalt und in den Wirtschaften abgenommen werden, monetär und jeherlich im Schmelzhaus hangen und dem Verderben ausgeliefert sind, nicht verteilt werden. R. R.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Hauschilfen: H. Hegerbock.

Verantwortlich für den Inhalt: H. Hegerbock; für politische Nachrichten: J. G. Müller; für den Unterhaltungs- und Provinzialteil: J. G. Müller; für den Handel: H. G. Müller; für die Anzeigen und Reklamen: H. G. Müller, sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der S. Schellenberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

18. März. Der einzige Punkt der vorgestrigen Gemeindevorstellung betraf den Einpruch des hiesigen Schreibelegenen gegen den Titel 10 des Haushaltsjahres 1919. Die Einlegung der 2. Abtheilung Bürgermeister Bertram erklärte, daß die Stelle ausgefüllt ist und besetzt wurde. Die Mittel würden, um eine Nachzahlung des Voranschlags zu vermeiden, aus einem anderen Titel bestritten werden. Hierfür wurde der Einspruch der Lehrer mit 16 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Die Postpost Frankfurt a. M. - Berlin. Die Postarbeiten für die Postpost Frankfurt a. M. - Berlin sind rüchig voran. Die Finanzierung des gesamten Verkehrs übernimmt, wie wir hören, die Deutsche Postverwaltung, die auch bereits die Flugpost von Berlin nach Weimar und Hamburg einrichtet. Die technische Leitung wird der hiesigen Telegraphen- und Fernsprechanstalt übertragen. Am Sonntag trafen aus Weimar mehrere Flugzeuge zu einer Probefahrt hier ein. Sie hatten den Weg in etwa 1 Stunde zurückgelegt. Ein Flugzeug mit der Postpost (Kreis Hanau) notlanden und wurde dabei arg beschädigt.

18. März. Die Stadtverordneten geschickten in ihrer heutigen Sitzung die Aufnahme einer Anleihe von 500 000 M. die zur Bekämpfung der Wasserwirtschaft und noch zu erfüllender Pflichten der Wasserwerks dienen soll. Die Errichtung eines neuen großen Wasserwerks ist geplant. Die Verhandlungen nach Wasser innerhalb des Reichs von Geschäftsführer der Stadt sind im Gange. Es wird jetzt viel erwartet, daß im Frühjahr zu arbeiten.

Gerichtssaal.

we. Schwärzschlichter und Gehilfen. Der Knecht, frühere Tischmann Krull, wurde am 18. März in Wiesbaden wegen eines Tages von einem Gastwirt mit einem Fußtritt angefallen, welches das Aussehen eines Fußtritters hatte, auf welchem ober in mehreren Stellen das Fleisch zweier geschlachteter Rinder sowie eines Kalbes enthalten war. Die Ladung wurde von dem Landwirt Friedrich Wolff in Riedelstadt bei und schon behauptet für die Ehefrau K., welche hier eine Reparatur betriebe. A. behauptete, überhaupt nichts davon gewußt zu haben, daß er Fleisch geladen habe; er sei von Frau K. beauftragt worden, bei K. Fleisch zu holen, und dabei sei hinter seinem Rücken das Fleisch aufgeladen worden. Ein Schöffengerichtsaal hat Wolff zu 100 M. Geldstrafe, A. zu 3 M. (wegen unerlaubter Ausfuhr von Fleisch) verurteilt, die Ehefrau K. aber mangels Beweises freigesprochen. Die Strafkammer als das Berufungsgericht ließ es bezüglich des Wolff bei diesem Urteil stehen. Die Ehefrau K. aber verfiel unter Aufhebung des ersten Urteils in 500 M. Geldstrafe in 100 M. Geldstrafe. Die Einlegung des Fleisches wurde beseitigt.

ist. Ich will noch langsam sein und alles tun, wie du es wünschst." Soweit erhob er sich und trat vom Tische fort. Reinette erwachte nicht, daß seine Augen feucht zu schimmern begannen. "Und — wann soll ich reisen, Onkel Gerald?" "Mit halber Kopfwendung erwiderte er kurz und erregt: "Heute abend. Der Zug geht 7 Uhr 10 Minuten. Dann bist du gegen 9 Uhr in L. Tante Ellen Annater wird dich beherbergen, sie lobt dich dann morgen zurück. Das ist schon alles mit Onkel Carl abgemacht." Reinette hatte sich ebenfalls erhoben. Hände und Blässe wechelten auf dem feuchten Gesicht, und ihre Hände, mit denen sie eine Stuhllehne umfaßt hielt, zitterten. "Du wirst mir aber doch öfters Nachrichten senden — über Tante Ellen Petinden und — und über dich? Na, Onkel Gerald?" fragte sie leise und weid. "Sicherlich, Mädchen. Ich bringe dich auch heute abend noch zur Bahn." Darauf sprachen sie beide nicht mehr und verließen gemeinsam das Schlafzimmer. Waren Reinettes Schritte, ihre Selbstherrlichkeit zu Ende — oder fühlte sie, daß ein heiß aufwallender Tränenstrom ihren Blick verdunkelte? Kostia stimmte sie an ihm vorüber, immer weiter treyvon bis endlich die Tür ihres Gemaches sich hinter ihr schloß. Dort stand sie mehrere Sekunden regungslos, wie betäubt, bis das mühsam bekämpfte Weid sich endlich in leidenschaftlichem Schreien löste. "Da kommt der Zug! Er hat nur zwei Minuten Aufenthalt!" lautete Baron Sollen, der an Reinettes Seite auf dem Bahndamm stand und ihre äerliche Rudertalche und ein Pfand in Händen hielt. Er hatte absichtlich seinen Diener mitgenommen, da er die letzten, kurzen Augenblicke mit ihr allein zu sein wünschte.

Die Annater hielt sich in einiger Entfernung, dort, wo die Wagen dritter Klasse zu stehen pflegen, am anderen Ende des Perrons, auf. Der frühe Oktoberabend hatte den ersten Frost gebracht, und das junge Mädchen trug einen langen, warmen Reisereis, dessen dunkler Gehrockt emporkam und das toteblasse Gesichtchen umrahmte. Während der Fahrt im geschlossenen Automobil hatten beide nur über allerlei fernliegende Dinge geredet; man war viel zu erregt, um sich klarzumachen, daß der Abschied zu nahe bevorstand. Jetzt aber ariß Gerald ungeschäm nach der kleinen Mädchenhand und sagte zum Lächer: "Leb wohl, mein liebes — geliebtes Kind, und — Gott schütze dich!" Schon rollten die Waagenreihen des Schmelzwees immer näher heran, und das dadurch verursachte Geräusch machte fast jedes weitere Gespräch unmöglich. Da Reinettes Augen aber wie gebannt an seinen Lippen hingen, verstand sie dennoch keine Worte. "Der liebe Gott gebe, daß — wenn ich wiederkomme, Tante Ellen gesund und alles wieder wie früher sein möge, Onkel Gerald", entgegnete sie stotternd und prechte sein Hand. Schamlos und dufend hielt die Maschine nun still, und dicht vor ihnen stand eine ältere Nonne in der Tracht der arauen Schwestern aus einem Couve weiter Klasse. Anfällig streiften ihre Blicke das keine Notia von der nehmende Paar. "Hier, Kind, ist ja das Damenabteil. So — ich helfe dir schnell hinein", rief Gerald mit einer Stimme, die ihm selbst völlig tonlos und fremd erschien, und von dem jungen Mädchen es noch immer an der Hand haltend, eilte mit sich fort. "Einstiegen!" rief der Schaffner vernehmlich und schritt an den bereits geöffneten Türen entlang. "Onkel Gerald — ich habe — ich danke — dir..." (Fortsetzung folgt)

Wiesbadener Nachrichten.

Zur Beseitigung des Dienstbotenmangels

gehen uns vom hiesigen Arbeitsamt offenbar auf Grund guter Beobachtungen und Erfahrungen folgende beherzigenswerte Worte zu: Noch immer klagen die weitesten Kreise über den Dienstbotenmangel. Man kann nicht verstehen, daß im Angesicht der vielen Erwerbslosen das Gebiet der Hauswirtschaft so stark an Arbeitskräften leidet. Es wird bereits der Versuch gemacht, die jungen Mädchen aus anderen Berufen für den hauswirtschaftlichen Beruf umzuschulen. Immerhin wird hierdurch nur ein gewisser Prozentsatz ersetzt und wirkt wie ein Tropfen auf heißen Stein. Viele Mädchen, die in schwerer Zeit in der Nahrungindustrie tapfer gearbeitet, wären wohl bereit, wieder eine Betätigung im Haushalt aufzunehmen. Wie stellen sich nun aber unsere Hausfrauen dazu? Mehr wie einmal heißt es in der Vermittlungsbureau, aber nur kein Mädchen, die in der Vermittlungsbüro gearbeitet hat. Trogen die Hausfrauen durch solche Äußerungen nicht Mitschuld an dem Mangel an Hausfrauen? Auch die Ernährungfrage muß einmal beachtet werden. Gewiß ist bei der Motorisierung eine erhebliche Kostsenkung, und nicht jeder versteht es, mit dem Gegebenen einigermassen erspörend zu wirtschaften; auch ist bei der Teuerung nicht jeder Haushaltungsvorstand in der Lage, Lebensmittel zu Marktpreisen einzukaufen. Aber man soll redlich mit seinen Angehörigen teilen und ihnen vor allem das ihnen Zuteilende geben. Auch müssen viele unserer Hausfrauen in der Behandlung ihrer Angestellten noch lernen. Was hoffen, daß die Hausfrauen sich gern einer Anerkennung des Personals unterziehen werden und somit den jungen Mädchen aus anderen Berufen Gelegenheit geben, in einem Erwerb nachzugeben. Güter Wille und Ausdauer auf beiden Seiten wird über die Übergangszeit fortsetzen und allmählich den empfindlichen Mangel der häuslichen Angestellten beseitigen.

Zur Regelung der Arbeiterfragen in der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden stellt auf eine Bekanntmachung, betr. Bildung eines Ausschusses für das Arbeiterwesen hin, die folgendermaßen lautet: Gemäß Beschluß des Vorstandes der Landwirtschaftskammer vom 21. Februar d. J. ist die hiesige Kommission der Landwirtschaftskammer für das Arbeiterwesen in einem Ausschuss verfaßt worden. Der Ausschuss ist paritätisch, d. h. aus einer gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zu denen einige Vertreter der öffentlichen Arbeitsnachweise hinzutreten sind, zusammengesetzt. Aufgabe des Ausschusses wird es sein: a) Mitwirkung bei der Durchführung der vorläufigen Landarbeitverordnung vom 24. Januar 1919, insbesondere der Aufstellung von Normalarbeitsverträgen; b) Mitwirkung bei der Verbesserung des Wohnnassens für Landarbeiter sowie beim ländlichen Siedlungswesen; c) Festsetzung von Mindestlöhnen für die verschiedenen Kategorien der ländlichen Arbeiter; d) Aufsicht über

(Gl. Fortsetzung) Nachdruck verboten. Die höhere Pflicht. Roman von Doris Preila u. Spätigen. Fort von hier! Es war das einmal, was in ihrem köpfschen Raum fand. "Aber, Mädchen, du mußt dir die Sache nicht so schwer machen! Sieh mal, deine drei Cousins sind nette, fröhliche Mädels, in deren Gesellschaft du unwillkürlich aufbelebter wirst. Onkel Karl hat dich sehr gern, das weißt du, und der alte Onkel Leonhard mit seinem unwürdigen Humor würde gerade die richtige Persönlichkeit sein, ein bedrücktes Gemüt von trüben Gedanken abzulenken." "Ach, Onkel Gerald, bitte, sprich nicht so zu mir. Du weißt recht gut, wie furchtbar schwer es mir wird, von hier fortzukommen." Er betrachtete sie mit langem, erstem Blick und entgegnete ausweichend: "Run, ich treue mich herzlich, daß du an Schönstein hängst. Es sollte dir ja auch eine zweite Heimat werden. Aber — er stockte, und Reinette ließ ihm schnell ins Wort: "O, das meine ich ja alles gar nicht. Nur der Gedanke, mich von dir zu trennen, ist mir unerträglich." Noch fester presste Baron Sollen die Lippen aufeinander. "Na, na — für ein paar Wochen mußt du schon ohne den alten Pflegeteater auskommen. Die Trennung ist ja nicht für die Ewigkeit. Tante Ellen soll nämlich — sobald es anocht — in eine Berliner Klinik, und da begreife ich sie natürlich." Wieder überkam Reinette ein Gefühl arenaenloser Vereinsamung und tiefen Wehes. Sie war so so verlassen und überflüssig in der Welt. Doch plötzlich raffte sie sich enerabis empor und sagte dem ihm so vertraut Hinanden sinnlichen Tone: "Du, Onkel Gerald, weißt ja stets, was für mich gut

